Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 151. Dienstag, 2. Juli 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile 4 Goldpfennige; die 85 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Termine. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag zwangsweise durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wie steht es mit der Rheinlandräumung?

Es gehen wieder neuerlich optimistische Nachrichten über die „bevorstehende" Rheinlandräumung durch die Presse, was uns veranlaßt, die Oeffentlichkeit davor zu warnen, sich vorzeitig Hoffnungen hinzugeben, die sich zuguterletzt nicht erfüllen werden. So ist in einer Meldung vom Abrücken einzelner französischer Truppenteile die Rede, was darauf schließen lasse, daß die Franzosen bereits mit „ernstlichen Vorbereitungen zur Rheinlandräumung" begonnen hätten. Wir sind gerade unter Berücksichtigung der räumungsfeindlichen Einstellung der französischen Militärkreise nicht in der Lage, dieser Logik zu folgen, zumal bei den zivilen Behördenstellen der Besatzungsarmee, der Rheinlandkommission, nicht die geringsten Anzeichen auf Abzugsvorbereitungen hindeuten. Bei diesen ganzen Zeitungsnachrichten scheint es sich auch ein klein wenig um eine in dieser stillen Zeit durchaus begreifliche Sensationsmacherei zu handeln, die aber auf diesem Gebiet absolut verfehlt sein dürfte. Es hat wirklich keinen Zweck, in unserem Volke einen künstlichen Optimismus zu erzeugen. Man sollte sich doch darüber klar sein, daß zunächst einmal die große politische Konferenz zusammentreten muß, bevor überhaupt irgendetwas Bestimmtes gesagt werden kann. Dazu kommt die augenblickliche Krisenstimmung in Paris, von der bei der Unberechenbarkeit der französischen Politik kein Mensch im voraus weiß, zu was sie führen wird. Jedenfalls ist anzunehmen, daß Poincaré heute noch keine Räumungsanweisung gegeben hat, wie es ja auch fraglich ist, ob die Räumung so rasch erfolgen wird, wie es vom deutschen Standpunkt aus zu wünschen wäre.

Man wird sich wohl daran erinnern, daß Frankreich nach wie vor auf der weiteren Aufrechterhaltung einer ständigen Kontrolle bestehen bleiben will, obwohl es dem Quai d'Orsay bekannt ist, daß keine deutsche Regierung eine solche Bedingung akzeptieren könnte, ohne nicht die gesamte öffentliche Meinung gegen sich zu haben. Wir sind schon aus diesem Grunde zu einer eher pessimistischen Beurteilung der Aussichten in der Räumungsfrage geneigt und können uns von diesem Pessimismus auch durch verschieden auslegbare Nachrichten über Truppenabtransporte nicht abbringen lassen. Nun mag es richtig sein, daß nach dem in England vollzogenen Regierungswechsel von London aus auf eine möglichst baldige Räumung gedrängt wird. Es ist gewiß auch als ein Fortschritt zu verzeichnen, daß die englische Besatzungsleitung die diesjährigen Sommermanöver im Rheinland abgesagt hat. Eine Geste gegenüber Frankreich, hinter deren Wirksamkeit vorläufig ein Fragezeichen zu setzen ist. Es gibt ja Leute, die immer wieder auf eine besondere Initiative der englischen Arbeiterregierung spekulieren, was auch für die Räumungsfrage gilt. Wir sind dagegen der Ansicht, daß hier in erster und zweiter Linie das Votum Frankreichs entscheidend ist und der Einfluß Englands weniger ins Gewicht fällt. Gesetzt der Fall, die Pariser Regierung würde sich die in einem Gutachten des französischen Generalstabs zum Ausdruck gebrachte Auffassung über die im Interesse der Sicherheit Frankreichs gelegene Notwendigkeit einer weiter fortdauernden teilweisen Rheinlandbesatzung zu eigen machen, so könnte von London sicher mit den stichhaltigsten Argumenten für die Räumung gearbeitet werden — Frankreich würde nicht nachgeben! Offensichtlich scheint aber Poincaré in Uebereinstimmung mit seinem Kollegen Briand darauf hinzuarbeiten, daß man auf der politischen Reparationskonferenz zu einer endgültigen Lösung in der Rheinlandfrage gelangen wird. Poincaré weiß schließlich auch, daß Deutschland nur dann sein Signum unter den neuen Zahlungsplan setzen kann, wenn es bis zu einem baldigen Termin von dem permanenten Druck fremder Besatzungstruppen befreit wird.

Die Räumungsfrage hat vor allem eine moralische Seite, die für die Befriedung Europas von entscheidender Bedeutung ist. Man wird sich daher in den französischen Regierungskreisen gründlich überlegen müssen, ob es nicht doch klüger wäre, die sogenannten machtpolitischen Erwägungen hintanzustellen, die natürlich von militärischer Seite stets von neuem in die Debatte geworfen werden. Einem französischen Generalstäbler würde es wahrscheinlich auch noch in zehn oder zwanzig Jahren zweckmäßig erscheinen, einige Brückenköpfe am Rhein besetzt zu halten. Würde man nach diesen „Sachverständigenurteilen" verfahren, so könnten wir noch zwanzig Jahre älter sein und das Rheinland wäre noch nicht vollständig geräumt!

Aehnlich liegen die Dinge beim Saargebiet, wo die chauvinistischen „Finanzsachverständigen" in Frankreich bereits eifrig daran sind auszurechnen, wieviel Millionen Goldfranken dem französischen Staate an Einkünften aus den Saar-Bergwerken verloren gingen, wenn das Saarbecken vor dem ursprünglich angesetzt gewesenen Abstimmungstermin freigegeben würde. Hier ist man nun auf den Gedanken gekommen, für den Fall eines Entgegenkommens von Deutschland eine besondere Entschädigung zu verlangen. Das wäre u. E. auch nicht der rechte Weg, um der Befreiung von Rhein und Saar den notwendigen Hintergrund einer deutsch-französischen Verständigung zu verleihen. Auch in der Saarfrage muß erwartet werden, daß die einsichtigen Elemente Frankreichs auf eine großzügigere Lösung hinwirken, wodurch allein dem Frieden gedient werden könnte. Mögen unsere Wünsche in Erfüllung gehen; es liegt nicht nur im deutschen, sondern auch im europäischen Interesse, aber wir betonen noch einmal, daß dies noch eine gehörige Wandlung der französischen Politik zur Voraussetzung hätte. Ob diese sich noch vor der großen Konferenz vollziehen wird?

Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Landtagsabg. Schreiber zum Wirtschaftsminister ernannt? Die Altsozialisten gegen Dr. Bünger.

tsd. Dresden. Das Organ der Altsozialisten, „Der Volksstaat", meldet: In einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes der ASP. am 29. Juni wurde zur Regierungsbildung in Sachsen Stellung genommen und einmütig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Voraussetzung einer etwaigen Beteiligung der Alten Sozialdemokratischen Partei an einer Regierung ist, daß der Ministerpräsident erst rechtsgültig nach der Verfassung gewählt sein muß. Die ASP. kann die Wahl Dr. Büngers als zu Recht erfolgt nicht anerkennen."

Dem Telunion-Sachsendienst wird aus gut unterrichteter, allerdings privater Quelle mitgeteilt, daß **Ministerpräsident Dr. Bünger am Montag den Führer des Sächsischen Landvolkes Landtagsabgeordneten Schreiber zum Wirtschaftsminister im neuen Kabinett ernannt hat.**

Ueber die gegenwärtige Lage in der Regierungsbildung wird dem Telunion-Sachsendienst weiter aus bestinformierter privater Quelle mitgeteilt, **daß Ministerpräsident Bünger sich nunmehr entschlossen hat, das Ministerium des Innern einem Parteigänger der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu übertragen,** wobei allerdings **eine** bestimmte **Persönlichkeit** noch **nicht in Aussicht** genommen ist. Die **Deutschnationalen** werden im neuen Kabinett das **Justizministerium** besetzen, während Ministerpräsident Bünger, wie schon vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten, das **Unterrichtsministerium führen wird.** Der seitherige **Finanzminister Weber** wird auch weiterhin mit der Führung dieses Ministeriums betraut bleiben. Da der seitherige **Ministerpräsident Heldt** die Uebernahme des Arbeitsministeriums **abgelehnt** hat, schweben zur Zeit Erwägungen über die **Zusammenlegung dieses Ministeriums mit dem Wirtschaftsministerium,** ein Plan, der schon seit April 1928 beantragt war und seiner Verwirklichung zugeführt werden sollte.

Neue französische Quertreibereien?

* London. (Telunion.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph berichtet, **die französische Regierung plane für die diplomatische Konferenz eine Tagesordnung festzulegen, die auf eine stark bevorzugte Behandlung der französischen Forderungen hinauslaufen würde, Paris wolle anregen, daß Deutschland den Youngplan in Vertragsform annehmen solle, bevor die politischen Fragen einschließlich der Räumung auf einer Konferenz erörtert werden sollten.**

Der diplomatische Mitarbeiter tritt diesen Bestrebungen nachdrücklich entgegen und verweist auf die Genfer Entschließung vom Dezember 1928, in der der **Grundsatz der gleichzeitigen Behandlung der Tributregelung und der Rheinlandräumung aufgestellt wurde.** Der Friedensvertrag von Versailles gebe überdies keine juristische Handhabe, um Deutschland eine ständige ausländische Ueberwachung im Rheinland aufzuerlegen. Ebensowenig würde es rechtsmäßig sein, in der bereits geräumten ersten Besatzungszone erneut eine ausländische Ueberwachung einzurichten. Umgekehrt sehe der Friedensvertrag dagegen die Wiederbesetzung der geräumten Gebiete im Falle einer absichtlichen deutschen Zahlungseinstellung oder aus anderen gleichwertigen Gründen vor.

*

Der englisch-französische Meinungsaustausch über die nächste Reparationskonferenz.

)(Paris. Havas meldet aus London: In unterrichteten englischen Kreisen wird erklärt, daß **das englische Kabinett keine ablehnende Antwort Frankreichs auf die Einladung, in London die Frage der Durchführung des Youngplanes zu erörtern, erhalten habe.** Die Note, die Briand am 29. Juni nach seiner Unterredung mit Lord Tyrrell an diesen richtete, sei eine Phase des Meinungsaustausches, der das englische und das französische Außenministerium noch einige Tage fortsetzen werden, um jedes Mißverständnis auszuschalten und um sich über die Art und den Zeitpunkt der Zusammenkünfte der beiden Regierungen und über das Verfahren bei der Ingangsetzung des Young-Planes zu einigen. **Man hofft in London, daß die Besprechungen zwischen Paris und London Ende dieser Woche abgeschlossen werden können.**

*

Washington erwartet Ratifizierung.

* Paris. (Telunion.) Einer Washingtoner Meldung der Chikago Tribune zufolge, werden die Pariser Mitteilungen, wonach Frankreich die Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht ratifizieren wolle, in Amerika als ein unmittelbarer Versuch gedeutet, Politik in die Schuldenfrage hineinzutragen. Die Regierung und der Kongreß ständen jedoch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß zwischen den alliierten Kriegsschulden und der deutschen Kriegsentschädigung nicht die geringste Verbindung bestehe. **Man rechne in Washington noch immer damit, daß die französische Regierung doch lieber das Abkommen ratifizieren als am 1. August 400 Millionen Dollar zahlen werde.** Die französisch-amerikanischen Beziehungen seien durch die heftigen Ausfälle in der Kammer gegen die Haltung Amerikas nicht gebessert worden. Besonders die Rede Franklin Bouillon löse Kritik aus.

Entschließung der Deutschen Volkspartei.

vdz. Berlin. Die gegenwärtig die Reichsregierung tragende Parteienkoalition war zunächst nur mit dem ausdrücklichen Zweck zustande gekommen, den Etat unter Dach und Fach zu bringen. Nachdem dieses Ziel erreicht ist, werden die Parteien erneut miteinander Fühlung nehmen müssen, um ein Arbeiterprogramm für die Zukunft aufzustellen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich bereits am 27. 6. mit dieser Frage beschäftigt und einstimmig eine **Entschließung** gefaßt, in der sie **auf die Beschwerung der deutschen Wirtschaft durch Steuern und Lasten hinweist und daraus folgert, daß die Ausgabe-Wirtschaft der letzten Jahre ein Ende haben müsse.** Ohne Aenderung der gesetzlichen Grundlagen für manche Ausgaben könne das jedoch nicht völlig erreicht werden. Daher hat die Fraktion, zunächst schon bei der Arbeitslosenversicherung, Anträge gestellt.

In ähnlicher Weise will sie fortfahren, auch auf anderen Gebieten die erforderlichen Aenderungen der gesetzlichen Grundlagen für Ausgaben im Haushalt anzustreben und auch die von ihr beantragte Aenderung der Reichsverfassung weiter betreiben.

Selbst für den Fall, daß die Tributlasten vermindert werden, rechnet die Fraktion nur damit, daß die Abdeckung der Fehlbeträge gelingt und darüber hinaus noch die Kassenlage und die Ansammlung eines Betriebsfonds erleichtert wird. Erst vom 1. April 1930 an erwartet sie fühlbare Erleichterungen. Voraussetzung für solche Erleichterungen ist aber nach ihrer Meinung die Vermeidung von Mehrausgaben. Allen anders gerichteten Bestrebungen will sich die Fraktion der DVP. energisch widersetzen. Beim Finanzausgleich soll auf eine Höchstgrenze für die Ueberweisungssummen hingearbeitet werden. Da die Fraktion die Höhe der Realsteuern und besonders ihre verderbliche Wirkung auf den gewerblichen Mittelstand und die Landwirtschaft mit großer Sorge verfolgt, so will sie auch vor einer reichsgesetzlichen Begrenzung der Realsteuern nicht zurückschrecken. Ebenso hält sie die Ueberspannung der anderen direkten Steuern nicht länger für erträglich. Dadurch sei ausreichende Kapitalbildung verhindert und eine höchst bedenkliche Abwanderung von Kapital herbeigeführt worden. Die Fraktion fordert daher Lastenabbau. **Für den Fall neuer Tributvereinbarungen verlangt sie, daß die entstehenden Erleichterungen nicht zur Finanzierung neuer Ausgaben, sondern restlos zur Senkung von Steuern und Lasten verwandt werden.** Von der Reichsregierung erwartet die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei für den Herbst Gesetzesvorlagen, durch welche ihren Absichten Rechnung getragen wird.

Der **nächste Parteitag** der Deutschen Volkspartei ist übrigens nunmehr zum 19. und 20. Oktober nach Mannheim einberufen worden.

Dr. von Siemens über Reichsbahnfragen.

* Köln. (Telunion.) Auf Montag tagte der **Verwaltungsrat der deutschen Reichsbahngesellschaft** in Köln. Bei einem Empfang im Rathause antwortete der Präsident der Gesellschaft, **Dr. von Siemens,** auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Adenauer mit einer Rede über die **Geschäftslage der Reichsbahn,** in welcher er die Schwierigkeiten hervorhob, die dem Verwaltungsrat dadurch erwüchsen, daß er die unbedingt notwendigen Gelder für Instandhaltung und Neuanlagen beschaffen müsse, ohne für entsprechende Tariferhöhung freie Hand zu haben. Herr von Siemens sagte u. a.: **„Aus diesen Ueberlegungen heraus sah sich der Verwaltungsrat gezwungen, für die neuen der Gesellschaft auferlegten Mehrausgaben auch Mehreinnahmen zu suchen, da sonst keine Kunst ein Gleichgewicht in der Bilanz zustande bringen wird, für die er aber nach dem Gesetz vor aller Welt und im Interesse der Zukunft des ihm anvertrauten Gutes die Verantwortung zu tragen hat.** Der Verwaltungsrat ist sich vollkommen klar darüber, was eine weitere **Verteuerung des Verkehrs eine Last für alle Schichten der Bevölkerung bedeutet, aber er hat keine Hoffnung, daß auf andere Weise Hilfe kommt".**